

# «Die Konkurrenz zum Landesspital würde durch einen OKP-Vertrag weiter verschärft»

**Interview** Die Medicnova Privatklinik in Bendern kündigte gestern einen Stellenabbau an. In der Pressemitteilung machte die Klinikleitung keinen Hehl draus, wen sie für die finanzielle Misere verantwortlich macht: Die Gesundheitspolitik. Minister Mauro Pedrazzini lässt diesen Vorwurf nicht gelten.

VON DORIS QUADERER

**Herr Regierungsrat, die Medicnova hat sich gestern zu ihrer finanziellen Situation geäussert. Der Tenor aus einer Medienmitteilung und den Aussagen des Verwaltungsratspräsidenten Hansjörg Marxer ist: Wenn es keinen OKP-Vertrag für das gesamte Leistungsspektrum gibt, dann müssen wir schliessen. Wie kommt das bei Ihnen an - legitime Forderung oder Erpressung?**

**Mauro Pedrazzini:** Das Privatunternehmen hat sich bei der Gründung noch damit gebrüstet, dass es keine staatlichen Gelder benötige und stets über einen sehr erfolgreichen Geschäftsgang berichtet. Nur ein Jahr nach Aufnahme des Betriebs ruft man nun nach dem Staat, und zwar mit Vehemenz. Das mutet seltsam an. Da scheinen entweder konzeptionelle Fehler gemacht worden zu sein oder der Ruf nach dem Staat war schon von Anfang an einkalkuliert, anders kann ich mir das nicht erklären.

**Wie beurteilen Sie die Forderung nach einem OKP-Vertrag für das gesamte Leistungsspektrum?**

Zunächst ist zu beachten, dass bei einem Ansuchen auf eine provisorische Betriebsbewilligung einer Klinik gewisse Voraussetzungen zu erfüllen sind. Sie muss gemäss Gesundheitsgesetz in einem Finanzierungsnachweis belegen, dass sie in der Lage ist, auch ohne Inanspruchnahme von Landesbeiträgen nach dem Krankenversicherungsgesetz ihr Leistungsangebot zu erbringen, das heisst, ohne OKP-Vertrag auszukommen. Diesen Nachweis musste auch

die Medicnova Privatklinik erbringen, als sie bei der damaligen Regierung den Antrag gestellt hat. Nun kann man nicht einfach sagen, dass das Konzept leider nicht aufgegangen ist und der Staat nun die Differenz zu tragen habe. Das wäre auch eine Umkehrung der Logik: OKP-Verträge werden abgeschlossen, weil die Versicherten einen Bedarf nach zusätzlichen Leistungen haben und nicht, weil Anbieter einen Bedarf an zusätzlichen Finanzen haben. Zur Frage eines OKP-Vertrags für das gesamte Leistungsspektrum habe ich mich schon im Landtag geäussert. Die Konkurrenzsituation zum Landesspital würde dadurch weiter verschärft. Der Staat würde Beiträge direkt an die Medicnova bezahlen und gleichzeitig müssten die Einnahmefälle des Landesspitals ausgeglichen werden, um dessen Betrieb sicherzustellen. Der Staat würde also doppelt zur Kasse gebeten, dafür hätte kein vernünftiger Mensch Verständnis. Es müssen daher andere Lösungen gefunden werden und wir sind derzeit dabei, diese zu entwickeln.

**«Nur ein Jahr nach Aufnahme des Betriebs ruft man nach dem Staat und zwar mit Vehemenz. Das mutet seltsam an.»**

Wie beurteilen Sie die Forderung nach einem OKP-Vertrag für das gesamte Leistungsspektrum?

**Wann ist denn mit diesen Lösungen zu rechnen?**

Wir werden im Rahmen einer Interpellationsbeantwortung zum Thema Spitalversorgung eine Studie vorstellen, in der sehr grundsätzlich die Möglichkeiten der Versorgung im Inland in Form von verschiedenen Varianten untersucht werden. Es werden keine grossen Überraschungen dabei sein, aber die Studie ist eben noch nicht fertig, weil die Stellungnahmen einiger Beteiligten, unter anderem auch der Medicnova Privatklinik, derzeit eingeholt werden. Im Rah-

men einer Interpellationsbeantwortung sollen dann die verschiedenen Varianten im Landtag diskutiert werden, voraussichtlich im Juni.

**Nun handelt es sich bei der Medicnova um ein Privatunternehmen. Sie haben von Lösungen gesprochen, an denen Sie arbeiten. Wenn die nächste Privatklinik in finanzielle Schwierigkeiten gerät, kann man dann auch den Gesundheitsminister anrufen, damit dieser Lösungen sucht?**

Das ist tatsächlich eine berechtigte Frage. Es ist nicht die Aufgabe des Staats, Lösungen für Privatunternehmen zu suchen, nachdem sie sich verkalkuliert haben. Daher kommen für mich in diesem Zusammenhang nur Lösungen infrage, bei denen auch der Staat profitiert. Alles andere wäre ein schlechter Deal.

**Zurück zu den Forderungen der Medicnova: Es wurden auch Entlassungen angekündigt, was natürlich den politischen Druck, dem Unternehmen mit einem OKP-Vertrag entgegenzukommen, weiter erhöht. Eine Facebook-Nutzerin schreibt auf der «Volksblatt»-Seite: «Danke Mauro Pedrazzini. (...) Danke, dass wir um unseren Job bangen müssen.» Sie werden ganz offensichtlich für die Misere der Medicnova verantwortlich gemacht. Wie gehen Sie damit um?**

Ein OKP-Vertrag für das gesamte Leistungsspektrum wird jetzt als

Pedrazzini: «OKP-Verträge werden abgeschlossen, weil die Versicherten einen Bedarf nach zusätzlichen Leistungen haben und nicht, weil Anbieter einen Bedarf an zusätzlichen Finanzen haben.» (Foto: IKR)

Lösung aller Probleme präsentiert. Ein Vertrag wird jedoch die Situation für die Medicnova nur bedingt verbessern. Es wird nicht lange dauern, dann wird die Privatklinik im Sinne der Gleichbehandlung mit dem Landesspital auch weitere staatliche Leistungen fordern, welche das Landesspital heute aufgrund seines Grundversorgungsauftrags erhält. Wenn das Vorgehen, mit politischem Druck staatliche Gelder fliessen zu lassen, erfolgreich ist, wird es immer wieder angewendet. Daher müssen wir jetzt nach anderen Lösungen suchen, welche einen län-

gerfristigen Interessensausgleich der Beteiligten sicherstellen und für alle, sowohl den Staat, die Einwohnerinnen und Einwohner als auch Unternehmen wie die Medicnova

**«Es kommen für mich nur Lösungen infrage, bei denen der Staat profitiert. Alles andere wäre ein schlechter Deal.»**

Privatklinik einen Nutzen bringen. Wir sind zuversichtlich, dass wir hier auch schon einige gute Lösungsansätze haben und mit dem entsprechenden Willen aller Beteiligten werden wir auch eine gute Lösung finden. Bei sehr gutem Willen sogar sehr rasch. Gewisse Lösungen erfordern allerdings Geld und die Finanzkompetenz liegt beim Landtag. Es gilt also, für mögliche Lösungen auch eine Mehrheit im Landtag zu gewinnen. Es liegt viel Arbeit vor uns.



## Energiestadt

### Planken strebt Goldzertifizierung an

**PLANKEN** Die Gemeinde Planken hat sich zum Ziel gesetzt, als erste und kleinste Gemeinde Liechtensteins das Energiestadt Goldlabel (über 75 Prozent) zu erreichen. Das ist aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 20. März zu entnehmen. Die aktuelle vorgenommene Analyse und Auswertung der Massnahmenumsetzung zeige das erfreuliche Resultat von 79 Prozent der möglichen Punkte. Damit bestehe die Chance, die internationale Auszeichnung «European Energy Award Gold» zu erlangen. Der Gemeinderat beschloss deshalb den Labelantrag zur Goldzertifizierung einzureichen. (sb/pd)

### Radbrücke Vaduz-Buchs Projekt nimmt die nächste Hürde

**VADUZ** Nachdem der Landtag im Jahr 2017 einen Verpflichtungskredit von rund 1,1 Millionen Franken bewilligte und auch die Bürgerversammlung der Stadt Buchs das Projekt gutgeheissen hat, stimmen nun jüngst auch die Vaduzer Gemeinderäte zu. Die neue Rheinbrücke für den Langsamverkehr zwischen der Gemeinde Vaduz und der Stadt Buchs erfordert Gesamtinvestitionen von 4,6 Millionen Franken, diese teilen sich der Bund (1,1 Millionen), das Land Liechtenstein (1,1 Millionen), der Kanton St. Gallen (1,1 Millionen) sowie Vaduz (0,7 Millionen) und Buchs (0,6 Millionen). Die Baumeisterarbeiten sollen im Oktober dieses Jahres beginnen, die Fertigstellung ist für Juni 2019 geplant. (sb/pd)

## Neues Feuerwehrdepot in Aussicht – Vaduz will Grundstücke erwerben

**Neubau** Der Gemeinderat befürwortet den Kauf der Vaduzer Grundstücke 1710 und 1711 für 10,9 Millionen Franken. Damit ebnet er den Weg für ein neues Feuerwehrdepot.

VON SILVIA BÖHLER

In den vergangenen 40 Jahren wurde das Feuerwehrdepot immer wieder den Bedürfnissen angepasst und adaptiert, doch nun scheint grundlegender Handlungsbedarf gegeben. Die Freiwillige Feuerwehr Vaduz informierte den Bürgermeister im April vergangenen Jahres über verschiedene bauliche und strukturelle Defizite im bestehenden Gebäude. Die Liste der aufgeführten Mängel ist lang, wie im Gemeinderatsprotokoll vom 13. März nachzulesen ist: Keine Hochwasser- und Erdbebensi-

cherheit, fehlende Parkmöglichkeiten, aufgrund fehlender Räume gibt es bereits zwei externe Materialstandorte und daraus resultierend Probleme bei der Koordination im Ereignisfall, eine veraltete Schlauchwasch- und Trocknungsanlage, es fehlen Garderoben und Duschen zur Gewährleistung einer Geschlechtertrennung und auch die Grösse und Ausstattung von technischen Räumen (z. B. Atemschutz, Schulungsraum, Küche) sind unzureichend. Ausserdem wird auf den allgemeinen Zustand der Liegenschaft in Bezug auf die Energieeffizienz und den anstehenden Sanierungsbedarf hingewiesen.

#### Gemeinde handelt

Der Gemeinderat erkannte die Missstände, berief eine Arbeitsgruppe ein und schnell wurde klar, dass ein Neubau einer Sanierung des alten Gebäudes vorzuziehen ist. Als be-

vorzugte Standorte für das neue Feuerwehrdepot kristallisierten sich Grundstücke an der Schaanerstrasse als Favoriten heraus. Baukosten, Raumplanung, Standort der Feuerwehr, Erschliessung, Erweiterungs- und Entwicklungsmöglichkeiten seien hier am besten gegeben. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie bestätigte nun die Grundstückswahl. Demnach erweist sich eine Grundstücksfläche von 4500 bis 5500 Quadratmetern als ausreichend für die Umsetzung eines zukunftsträchtigen Feuerwehrdepots. Da sich die ins Auge gefassten Grundstücke nicht im Eigentum der Gemeinde befinden, mussten vorgängig Gespräche mit den betroffenen Eigentümern geführt werden. Der Gemeinderat befürwortete schliesslich den Kauf der Vaduzer Grundstücke Nrn. 1710 und 1711 und gewährt hierfür einen Kredit in Höhe von 10,90 Millionen Franken.

## Verkehr

### Planken spricht sich für Tempo 40 aus

**PLANKEN** Das liechtensteinische Strassenverkehrsgesetz muss dem Schweizerischen Recht angepasst werden. Der Plankner Gemeinderat nimmt die geplanten Abänderungen zur Kenntnis, schlägt aber eine für Planken und andere Gemeinden bedeutsame Abänderung vor. Wie aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 20. März hervorgeht, sieht die neue Regelung nämlich innerorts lediglich zwei Geschwindigkeiten vor, nämlich die übliche Begrenzung von 50 km/h oder die Zone Tempo 30. Auf einigen Strassen (etwa in Gamprin) sowie im gesamten Gemeindegebiet Planken gelte aber bisher die Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 40. Aus sicherheitstechnischer Sicht sei Tempo 30 vorzuziehen, auch der Wunsch der Bevölkerung nach einer geringeren Geschwindigkeit als Tempo 50 sei allorts zu hören. Tempo 30 als Alternative stosse jedoch bei den Bürgern nicht auf die notwendige Akzeptanz, deshalb müsse hier ein Mittelweg gefunden werden. Tempo 40 wird akzeptiert, senkt das Unfallrisiko und die Verletzungsgefahr, heisst es im Gemeinderatsprotokoll. Zudem will die Gemeinde Planken nicht als Bittsteller, sondern als gleichberechtigter Partner fungieren. Aus partnerschaftlicher Sicht sollten künftig die Gemeinden als Hauptbetroffene nicht mehr Antragsteller sein. Die Gemeinden und die Regierung sollen gemeinsam die Tempi auf den Gemeindestrassen festlegen. (sb/pd)



Das 40-jährige Gebäude der Feuerwehr Vaduz ist in die Jahre gekommen. (Foto: Nils Vollmar)